

Mit Rainer Hasi war guten Abend. Israel beschießt nach wie vor den Gaserstreifen. Die haben Mass auch Israel. Israel hat auch Flughäfen in Syrien angegriffen. So die Lage heute nahen Osten. Die Bodenoffensive hat also noch nicht begonnen. Der amerikanische Außenminister ist in Israel, auch Deutschland hat heute Unterstützung zugesichert.

In ein politisches Tagesthema heute wohl die Abrechnung von Ottmar Karas mit der ÖVP. Karas, immerhin 25 Jahre lang ÖVP EU-Abgeordneter mit beachtlicher EU-Reputation in Brüssel und Strasburg,

wird nicht mehr bei der kommenden EU-Wahl kanitieren.

Und viel Kronikales heute auch im Journal, da sticht der Freispruch für den Niederösterreichischen Militärkommandanten

erst den Stanz heraus. Und auch noch Zukunftsmusik heute.

Wie man in Wien Pflastersteine für eine Straße am Mond erschaffen hat, erfahren Sie ja auch noch. Aber zuerst wird das Wetter wird hier die Aussichten von Gerhard Holzinger.

Es ist ein ungewöhnlich milder Oktoberabend. Kurz vor Sonnenuntergang hat es aktuell zum Teil immer noch knapp 25 Grad.

Größtenteils mild bleibt es auch in der kommenden Nacht.

Es kühlt ab auf 17 bis 9, nur in manchen Alpenthelan auf bis zu 5 Grad.

Von Norden sind ausgedehnte Wolkenfelder durch, vereinzelt auch mit ein paar Regentropfen.

Nebel bildet sich nur vereinzelt, etwa wieder in Unterkärnten.

Morgenfreitag lockern Nebel und Wolken auf, tagsüber wird es Sonne, leicht vönig und noch einmal extrem warm mit 20 bis 28 Grad.

Am Wochenende Wetter stürzt, der Samstag meist noch freundlich und warm, der Sonntag unbeständig und herbstlich kühl, bei maximal 8 bis 16 Grad.

Nach dem Terror der radikalislamischen Hamas setzt Israel den Beschuss in die Blockade des Gaserstreifens fort.

Diese werde erst gelockert, wenn die Hamas die verschleppten Geiseln freilässt.

Heißt, das US-Ausminister Anthony Blinken hat Israel heute bei einem Solidaritätsbesuch volle Unterstützung für den Kampf zugesichert.

Berichtet David Kriegliter.

Unter den vielen Opfern des abscheulichen Hamas-Angriffs war noch mindestens 25 US-Bürger, sagt Außenminister Anthony Blinken bei seinem Besuch in Tel Aviv.

Die USA trauern mit den Hinterbliebenen.

Bei seinem Auftritt Seite an Seite mit Israels Premier Benjamin Netanyahu verspricht Blinken Israel volle Unterstützung.

Ihr seid zwar wohl stark genug, um euch alleine zu verteidigen, aber solange die USA existieren, müsst ihr das nicht.

Wir werden für immer an eurer Seite stehen.

Auch die NATO-Staaten bringen bei ihrem heutigen Treffen Solidarität mit Israel zum Ausdruck.

Israel habe das Recht, sich zu verteidigen und werde das wohl verhältnismäßig tun, appelliert NATO-Generalsekretär Jens Doltenberg.

Zuvor hatte der zugeschaltete israelische Verteidigungsminister Joav Galant den NATO-Vertretern Videos von den Massakern der Hamas an israelischen Zivilisten gezeigt.

Auch die Gegner Israels formieren sich, der Iran und Syrien rufen die islamische Welt auf, eine

gemeinsame Position zur Unterstützung der Palästinenser einzunehmen.

Der iranische Außenminister wirft Israel, versuchten Völkermord durch die Blockade des Gazerstreifens vor.

Syrische Medien berichten am Nachmittag von israelischen Luftschlägen auf die Rollfelder der Flughäfen von Damascus und Aleppo.

Ziel des Angriffs sind Waffenlieferungen aus dem Iran gewesen, sagte israelische Botschafter in Deutschland Ron Prosor bei einer Diskussionsrunde im Deutschen WeltTV.

Er bricht damit eine Tradition der vergangenen Jahre, in denen Israel viele Luftschläge dieser Art in Syrien nie offiziell bestätigt hat.

Auch das zeigt, für Israel ist nichts mehr, wie es war.

Der Bundeskanzler sagt, Israel auch noch die volle Unterstützung zu und verurteilt den Terror der Hamas, der nun auch Konsequenzen in Deutschland haben wird.

Gegen die Hamas wurde nämlich ein Betätigungsverbot erlassen, berichtet Andreas Ueli.

Deutschland hat eine besondere Verantwortung für Israel und eine historische Schuld, sagt der deutsche Kanzler und unterstreicht näherlich die deutsche Solidarität.

In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz, den Platz an der Seite Israels.

Sagt Olaf Scholz heute bei seiner Regierungserklärung im Bundestag.

In ganz Israel wird in diesen Stunden um die Toten getraut und um die Verletzten und Verschleppten gebankt.

Liebe Freundinnen und Freunde in Israel, wir trauern und wir bangen mit euch.

Der deutsche Kanzler verurteilt aufs Schärfste, dass Menschen in Deutschland den Terror der Hamas feiern, das sei abscheulich und menschenverachtend.

Als Konsequenz kündigt Olaf Scholz an, dass ein Versammlungsverbot für die Hamas erlassen werde und auch ein verbotes palästinensischen Netzwerk Samidun.

Das Bundesinnenministerium wird ein Betätigungsverbot für die Hamas in Deutschland erlassen.

Ein Verein wie Samidun, dessen Mitglieder brutalste Terrorakte auf offener Straße feiern, wird in Deutschland verboten.

Diese Verbote bereiten wir sehr intensiv vor und werden sie schnellstmöglich vollziehen.

Sagt Innenministerin Nancy Faeser und kündigt an, die islamistische Szene in Deutschland noch stärker zu überwachen.

Wir dulden keinen Antisemitismus und keinen Hass auf Israel.

Unser Rechtsstaat geht dagegen mit allen Mitteln des Strafrechts, des Versammlungsrechtes und auch des Aufenthaltsrechtes vor.

Die deutsche Regierung sagt Israel auch praktische Unterstützung zu, wo immer es notwendig und möglich sei, humanitär und militärisch.

Israel hat bereits Immunität für Kriegsschiffe gebeten, so Verteidigungsminister Boris Pistorius wie auch um Schutzwesten und Blutkonserven.

Das ist der Österreicherische Innenminister zur gestrigen Pro-Palestiner-Demo, sagt er so, noch im Meer, im Laufe der Sendung.

Nach monatelangen Spekulationen hat Otmar Karas heute verkündet, wie es mit ihm politisch weitergeht.

Zumindest teilweise der ÖVP-Europa-Politiker und erste Vizepräsident des EU-Parlaments wird bei der kommenden EU-Wahl nicht mehr antreten.

Und dafür sind massive innerparteiliche Differenzen, die auch immer wieder öffentlich ausgetragen

worden sind.

Respekt für seinen Schritt sollen daher insbesondere die anderen Parteien, berichtet Felix Novak. In einer persönlichen Erklärung rechnet Otmar Karas mit der Volkspartei ab.

Insbesondere beim Thema Migration, aber auch die jüngsten Diskussionen um Bargeld und Normalität kritisiert er einmal mehr als Scheindebatten.

Zu diesen inhaltlichen und stilistischen Differenzen mit meiner Partei kam in den letzten Monaten aber eine neue Seite hinzu,

die nicht nur menschlich enttäuschend, sondern auch für eine staatstragende Partei, wie es der Anspruch der ÖVP sein sollte, unwürdig halte.

Es gehe ihm nicht darum, dass ja Einzelpersonen wie Nehammer oder Kurz nicht möge betont Karas,

sondern vielmehr um die generelle Ausrichtung der Partei und jene von Österreichs Politik insgesamt.

Deshalb drehte er bei der EU-Wahl nach 25 Jahren nicht mehr an.

Er bleibe aber ÖVP-Mitglied und er sei weiterhin bereit seinen Beitrag zur notwendigen Reformen zu leisten, wie er sagt.

Ich habe heute eine erste Entscheidung getroffen. Alle weiteren Schritte werden sich zeigen.

Dementsprechend schließt Karas auf Nachfrage wieder eine Kandidatur für den Nationalrat aus, noch eine für die Hofburg.

In den vergangenen Monaten ist immer wieder spekuliert worden, dass Karas bei der EU-Wahl mit einer eigenen Liste gegen die ÖVP antreten könnte.

Dieser Gefahr ist für die Volkspartei jetzt gebannt.

In einem eher knappen Statement nimmt ÖVP-Generalsekretär Christian Stockard den heutigen Entschluss zur Kenntnis.

Er wünscht Karas für dessen persönliche Zukunft alles Gute wie auch immer sein weiterer Weg aussehe.

EU-Kommissar Johannes Hahn, langjähriger ÖVP-Parteifreund, dankt Karas für sein Jahrzehntelanges Wirken.

Er sei sich sicher, dass Karas sein Engagement in anderer Form weiterführen werde.

Würdigungen kommen heute auch vom politischen Mitbewerb.

SPÖ, Grüne und Neos betonen die pro-europäische Haltung des Niederösterreichers.

Sie schließen sich etlichen Kritikpunkten an der Volkspartei an.

Einen Zitat völligen Zerfalls- und Spaltungsprozess der ÖVP-Orten dagegen die Freiheitlichen.

Berichtet Felix Novak darüber eben, dass sagt Karas nicht mehr für die ÖVP zur Europawahl.

Antreten wir da noch sonst überhaupt nicht.

Beim Finanzausgleich haben Bund und Länder sich ja vor Kurzem auf eine neue Aufteilung der Steuereinnahmen geeinigt.

Allerdings noch nicht zu 100 Prozent quasi Rahmen.

Ja, aber wie genau das Gesamtbild aussehen soll, da muss noch einige Sanktionen absolviert werden.

Zum Beispiel von den Ländern, zum Beispiel heute in Klagenfurt und von dort berichtet nun Romy Sigurd Klippstädter.

Was einige Landeshauptleute vor zehn Tagen noch als Kompromiss beziehungsweise sogar als Minimalkompromiss bezeichnet haben,

haben die neuen Finanzreferenten heute als solides Fundament für die in den nächsten Wochen anstehenden Detailverhandlungen mit dem Bund beurteilt.
2,4 Milliarden Euro zusätzliches Geld pro Jahr für Länder und Gemeinden soll es ab dem nächsten Jahr aus dem Steuertopf des Bundes geben,
vor allem für Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung.
Und gleichzeitig werden mit dem Bund auch die von den Ländern geforderte Änderung des Verteilungsschlüssel parktiert,
betont vor Allbergs Finanzreferent Landeshauptmann Markus Wallner von der ÖVP.
Das haben wir verlangt und auch eine Einigung dann erzielt war auch ein Grund, warum wir uns einigen konnten,
dass am Ende der Finanzausgleichsperiode eine Schlüsseländerung kommen wird.
Das heißt da, das Volumen, über das wir jetzt reden, wird am Ende der Finanzausgleichsperiode übergehen in eine Schlüsseländerung.
Denn sonst haben wir die Situation, dass das passiert, was wir in den letzten Jahren hatten, durch Anschubfinanzierungen, durch die Verschiebungen der Kostentragungen werden neue Ausbaubereiche geschaffen
und letztendlich müssen dann die Länder und Gemeinden die Kosten stemmen.
Vor allem Dauerkosten für Betrieb und Personal, sagt Kernesfinanzreferentin Gabi Schaunig von der SBO.
Derzeit bekommt der Bund 68% des Steueraufkommens, die Gemeinden 12% und die Länder 20%.
In fünf Jahren sollen die Länder dann 22% bekommen.
Von den Landesfinanzreferenten und zu den ganz großen Finanzreferenten quasi, der internationale Währungsfonds, die Weltbank kommen, nämlich dieser Tag in Marrakesch zu ihrer jährlichen Tagent zusammen.
Das funktioniert trotz des Bebens von vor einem Monat.
Wichtiges Thema ist jedenfalls auch der Kampf gegen den Klimawandel.
Das soll jetzt quasi das Geschäftsmodell der Weltbank reformiert werden.
Sie soll gelderkünftig an Klimaprojekte binden, berichtet aus Marrakesch, Christina Stiller.
Am Thema Klimakrise kommen und wollen IWF und Weltbank bei ihrer Tagung in Marrakesch nicht vorbei.
Ein Punkt, die Weltbank soll reformiert werden.
Die Aufgabe von Krediten an ärmere Länder soll in Zukunft stärker an Maßnahmen zum Klimaschutz gebunden sein.
In vielen Entwicklungsländern, Afrikas etwa, schürt das aber auch die Sorge, dass künftig weniger Geld im Kampf gegen die AMO zur Verfügung stehe,
sagt die marokkanische Finanzministerin Nadia Vatech.
Dennoch meint auch sie, es braucht klare finanzielle Lösungen,
um Länder zu begleiten, sich auf den Kampf gegen den Klimawandel vorzubereiten.
Aber auch finanzielle Transition.
Deutschland und die USA machen sich besonders stark für eine Reform der Weltbank hin zu mehr Klimafinanzierung.
Auch Österreichs Regierung ist dafür. Finanzminister Brunner, ÖVP am Rande der Tagung.
Wir unterstützen das sehr. Das muss in der Zukunft natürlich Niederschlag finden.
Gleichzeitig wirbt der Finanzminister im Marrakesch für eine Ökologisierung der staatlichen

Finanzsysteme,

sprich Maßnahmen gegen den Klimawandel zu analysieren und Steuergeld effizienter einzusetzen. Ist das in Österreich gelungen, Magnus Brunner?

Man kann sich immer verbessern, das ist keine Frage, aber jetzt ist es mal wichtig, die Analyse zu machen.

Ob wir es richtig gemacht haben, wird wahrscheinlich nicht 1.000 Prozent richtig gewesen sein immer.

Wir waren aber im europäischen und internationalen Vergleich, glaube ich, nicht so schlecht unterwegs.

Kritiker fordern aber mehr Tempo und sagen, dass ein Klimaschutzgesetz in Österreich noch immer fehle.

Um die Finanzen, aber um die persönlichen in Österreich geht es jetzt.

Bei den Metallern wurden nämlich heute die ersten Betriebsrätekonferenzen abgehalten.

Die Gewerkschafter sind ja ungehalten.

Schließlich haben die Arbeitgeber 2,5 Prozent mehr Lohngeboten.

Die Stimmung war heute eben auch dementsprechend.

Zum Beispiel in St. Pölten, Bericht Thomas Kopensteiner.

Für das Angebot der Arbeitgeber hat Reinhold Binder, Chef der Gewerkschaft Pro-G und einer der beiden Chefverhandler wenig übrig.

Dieses Angebot ist eine Sauerei, ist eine Frechheit, ist eine unendliche Gemeinheit und ist eine Respektlosigkeit gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Auch Karl Dürcher, Chefverhandler der Gewerkschaft GPA, kritisiert das Angebot der Arbeitgeber, dass auch eine Einmalzahlung beinhaltet.

Das ist keine ausreichende Abgeltung, weil hier keine Nachhaltigkeit gegeben ist.

Wir wollen eine nachhaltige Lohn- und Gehaltserhöhung haben.

Von 21. Oktober bis 1. November sollen Betriebsversammlungen stattfinden.

Die nächste Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern ist am Freitag.

Von deren Seite heißt es heute, die Branche stecke in der Rezession.

Viele Betriebe würden um Aufträge und Arbeitsplätze kämpfen.

Die Gewerkschaften müssten die Realitäten anerkennen.

Der EU-Kommissar für Beschäftigungen sozialer Rechte Nikolas Schmidt

ist gerade auf Besuch in Österreich mit Schmidt,

erst Sozialdemokrat aus Luxemburg, hat Hannah Sommersache gesprochen.

EU-Beschäftigungskommissar Nikolas Schmidt warnt vor einer Wohnkrise in Europa.

In vielen Regionen würden die Menschen 40% ihres Einkommens fürs Wohnen aufbringen.

Die EU-Kommission sehe darin auch eine soziale Krise.

Wir versuchen, die Mitgliedsstaaten in die Richtung zu bringen,

dass sie mehr in Wohnungen investieren. Wir können das finanziell unterstützen.

Schmidt verweist auf das Recovery & Resilience-Paket

dort stünden Milliarden zur Verfügung, auch für Wohnbau.

Der Kommissar kündigt zudem eine Regelung für Kurzzeitvermietung an.

Die Wohnungen werden hauptsächlich so vermietet und nicht mehr an Menschen, die dort leben.

Auch das müssen wir etwas europäisch regulieren,

dass man das nicht abschafft, aber doch irgendwie begrenzt.

Es könne nicht sein, dass Touristen in Wohnungen unterkommen und Menschen, die in den Orten leben, in Hotels müssten.

Die Zahl der Zivildienster ist leicht gestiegen.

Es gibt etwas mehr Meldungen zum Zivildienst als im Vorjahr.

Und neu ist auch, dass Zivildienster eine Pflegegrundausbildung machen können, die dann für weitere Pflegeausbildungen angerechnet wird, berichtet Peter Taser.

Die meisten Zivildienster werden bei der Rettung eingesetzt, rund 40 Prozent danach folgen Einrichtungen der Sozial- und Behindertenhilfe, der alten Betreuung und der Krankenhäuser.

Mit größerem Abstand folgen dann Flüchtlingsbetreuung, Schulwegsicherung oder Umweltschutz.

Staatssekretärin Claudia Plakholm von der Volkspartei sagt,

Im Zeitraum Jänner bis September gab es 10.033 Zuweisungen zum Zivildienst.

Das ist ein Plus von 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Plakholm verweist auf die seit 1. September bestehende rechtliche Möglichkeit, im Rahmen des Zivildienstes eine Pflegegrundausbildung zu absolvieren.

Damit können die Zivildienster mehr Tätigkeiten ausüben

und die Ausbildung kann dann auch noch auf spätere Pflegeausbildungen angerechnet werden.

Wir haben diese rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen

und es liegt jetzt an den Zivildienstern.

Bei nahe jeder Zweite kann diese Ausbildung auch aufgrund seiner Zivildiensteinrichtung machen, also weil er in diesen Bereichen auch eingesetzt ist.

Konkrete Zahlen aus den ersten Wochen dazu gibt es aber noch nicht.

Mit einem Freispruch im Zweifel hat heute der Prozess

gegen den vom Dienst enthobenen niederösterreichischen Landesmilitärkommandanten

Martin Javorek am Landesgericht St. Pölten wegen Verletzungen

der sexuellen Selbstbestimmung geändert.

Das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig, berichtet Ursula Kühler.

Den Vorwurf der Anklage hat der Landesmilitärkommandant außer Dienst stets bestritten

und von einvernehmlichem Sex gesprochen.

Die Richterin begründet ihren Freispruch heute damit,

dass für den Angeklagten nicht erkennbar gewesen sei,

dass das Opfer nicht einverstanden war.

Das hat die Frau auch selbst ausgesagt.

Auch der Passus, dass Javorek eine Zwangslage der Mitarbeiterin ausgenutzt habe,

können nicht zur Anwendung kommen, sagt die Richterin von wirtschaftlichem Druck,

wie im Gesetz beschrieben, durch Obdachlosigkeit oder Angst vor Jobverlust

sei nämlich keine Rede gewesen.

Offen ist jetzt noch, wie es beruflich mit dem ehemaligen Landesmilitärkommandanten von Niederösterreich weitergeht.

Sobald das heutige Urteil nämlich rechtskräftig ist,

wird das interne Disziplinarverfahren fortgesetzt

und da geht es um Missbrauch eines Autoritätsverhältnisses.

Das Pro oder die Pro-Palastiner-Thema gestern am Stephansplatz in Wien

hat ein Nachspiel.

300 Personen wurden ja angezeigt,
weil sie den Stephansplatz trotz Aufforderung der Polizei nicht verlassen haben.

Die Frage wäre halt auch, warum die eigentlich verbot,
eine Demo eigentlich doch irgendwie abgehalten werden konnte,
ob das Einsatztaktik war oder dass der Polizei aus Personalmangel
oder mangelhafter Personalplanung passiert ist.

Der Innenminister hat das Vorgehen der Polizei heute naturgemäß gelobt,
wie Bernd Kuschu informiert.

Eine Strafanzeige wegen gefährlicher Drohung,
elf verwaltungsrechtliche Anzeigen,
etwa wegen aggressiven Verhaltens
und 292 Anzeigen,

weil Demoteilnehmer und Teilnehmerinnen trotz behördlicher Auflösung
die Kundgebung nicht verlassen haben.

Das ist die polizeiliche Bilanz.

Außerdem sagt Polizeisprecher Markus Dietrich,
der Verfassungsschutz war im Einsatz,
hat Parolen festgestellt,

die unter den Paragrafen der Verhetzung fallen
und wird auch dementsprechend weitere Ermittlungen führen.

Verbotene Symbole der Terrororganisation Hamas
dürften laut dem Polizeisprecher nicht gesichtet worden sein.

Innenminister Gerhard Karna nimmt die Polizei Wien heute vor Kritik in Schutz,
dass die Polizei die Pro-Palestiner-Demo zunächst genehmigt,
nach neuen Informationen über eine mögliche Gefährdung,
aber kurzfristig verboten hatte.

Damit zeigt er sich einverstanden und zufrieden damit,
dass am Stephansplatz die Demonstrationsteilnehmer eingekesselt wurden
und erst nachdem die Solidaritätskundgebung am Ballhausplatz zu Ende war.

Diese Versammlung am Stephansplatz aufgelöst wurde
über 300 Identitätsfeststellungen durchgeführt wurden
und über 300 Anzeigen ausgesprochen wurden.

Das ist sensible, konsequente, nachhaltige Polizeiarbeit.

Niemand wurde verletzt, so Karna,
weder bei der Solidaritätskundgebung für Israel am Ballhausplatz
noch am Stephansplatz.

Sensible, konsequente, nachhaltige, aber auch erfolgreiche Polizeiarbeit
wäre derzeit in Salzburg nötig.

Unbekannte haben dort nämlich eine israelische Fahne vor dem Schloss Mirabell heruntergerissen.
Bürgermeister Preuner von der ÖVP und Baustadtretin Schiester von der Grünen Bürgerliste
haben Anzeige erstattet und der Verfassungsschutz ermittelt.

Die Stadt hat die Fahne jetzt wieder aufhängen können, berichtet Martina Schlager.
Der Verfassungsschutz ermittelt wegen eines möglichen politischen Hintergrundes.

Außerdem ermittelt die Polizei aber auch in andere Richtungen, heißt es von einem Polizeisprecher. Die Fahne dürfte heute Nacht herausgerissen worden sein.

Dabei wurde die Vorrichtung beschädigt, die Fahne selbst konnte, unbeschädigt, kurz nach Mittag heute wieder aufgezogen werden.

Sie soll für die Solidarität Salzburgs mit den Menschen in Israel stehen, heißt es von Bürgermeister Harald Preuner von der ÖVP und Stadträtin Anna Schiester von den Grünen.

Der Angriff auf die Fahne gehe über einen banalen vandalen Akt hinaus, so die beiden Stadtpolitiker.

Hinweise auf die Täter erhoffen sich Stadt und Polizei jetzt von den Bildern mehrerer Überwachungskameras.

In einem Seniorenwohnheim in Wien ist eine Bewohnerin überfallen und die 92-Jährige offenbar auch missbraucht worden, der Täter konnte entkommen. Die Stadt Wien will nun die Sicherheitsmaßnahmen in den Wohnheimen erhöhen, berichtet Nikolas Neuweg.

Gegen 18 Uhr zerrt der Täter die Frau in ihren Wohnbereich und drückt sie zu Boden. Anschließend soll er sie auch missbraucht haben.

Man habe am Tatort ein entsprechendes Beweismittel gefunden, heißt es.

Bei der Polizei möchte man das nicht bestätigen und verweist auf die laufenden Ermittlungen.

Fest steht, der Täter raubt der 92-Jährigen Schmuck vom Körper und durchwühlt ihr Zimmer, bevor er schließlich flüchtet, sagt Polizeisprecher Matthias Schuster. Die Dame ist in der Wohnung alleine zurückgeblieben, eine Pflegerin hat dann die Dame entdeckt und dann auch in weiter Folge die Polizei verständigt.

Die verletzte Frau ist von der Berufsrettung versorgt und in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Die Stadt hat ein Stwallen angekündigt, die Sicherheitsmaßnahmen in ihren Seniorenwohnheimen zu verstärken.

So soll etwa die geplante Installation einer Videoüberwachung vorgezogen werden.

Bernie Ecclestone war einmal ein mächtiger Mann, er hatte Formel 1 zu einem lukrativen Geschäft und sich damit zu einem reichen Mann gemacht.

Allerdings war bei der Wahl der Mittel offenbar nicht zimperlich und die Folgen davon bekam der 93-Jährige heute noch zu spüren.

Ecclestone muss ein Drittel seines geschätzten Vermögens abgeben, weil er Steuern hinterzogen hat und zwar eben richtig viel, richtig lang wie Wolfgang Eichinger berichtet.

Biese hat der 92-Jährige alle Vorwürfe zurückgewiesen.

Heute die Kehrtwende bei einer Anhörung in einem Gerichtssaal in London bekennt sich Ecclestone für schuldig und hat sich mit der britischen Steuerbehörde darauf geeinigt, knapp 756 Millionen Euro zu bezahlen, das berichten britische Medien, die Summe der Gezahlungen aus 18 Steuerjahren ab.

Ecclestone ist auch zu 17 Monaten Haft verurteilt worden, diese Strafe ist aber auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Bereits 2013 musste sich Ecclestone wegen des Verkaufs der Formel 1 dem Vorwurf der Bestechung stellen.

Damals ist das Verfahren nach Zahlung von 94 Millionen Euro eingestellt worden.

Bereit Ecclestone kann sich diese unglaublich hohen Strafzahlungen,

heute eben 756 Millionen Euro anscheinend leisten, sein Vermögen wird auf 2,7 Milliarden Euro geschätzt. Gegen Ende noch ein wenig Science-Fiction, aber nicht Film, sondern echtes Leben, aber halt auch echte Zukunftsmusik. In Wien wurde jetzt nämlich mit einem Leser Pflastersteine aus Vulkanasche hergestellt. Das könnte man auf gut wienerisch, so wie Ernst Kvaltin, als Tramitschek, Grandlin, Novus Brochitis. In Wien braucht man das eh nicht, aber am Mond. Diese Vulkanasche wirkt nämlich wie Mondstaub, und das Verfahren könnte einmal dem Bau einer Landebahn am Mond dienen. Wird das jetzt Lukas Wieselberg? Die Versuche fanden zwar nicht auf dem Mond statt, sondern auf der Erde, aber die Bedingungen wurden möglichst die Wirklichkeitsnei nachgestellt. Statt Mondsand verwendeten die Fachleute etwas sehr ähnliche Vulkanasche, erklärt Reneva Slavicek vom Wiener Weltraumarchitekturbüro Liquidva. Es wurde ein sehr starker Leser auf ein Sandbett gerichtet, um die Oberfläche zu verschmelzen, sodass daraus dann sein fliesenartiger Pflasterstein entsteht, nach dem Abkühlungsprozess. Die Pflastersteine sehen aus wie abgerundete Dreiecke und lassen sich gut zusammenfügen. Damit könnte man auf dem Mond kostengünstig Straßen- oder Landeplätze bauen. Frühestens 2030 könnten sie unter Realbedingungen auf dem Mond getestet werden. Berichtet Lukas Wieselberg und damit ins Nachrichtenstudie zu Arthur Treinacher. Die ersten Österreicher sind am Nachmittag aus Tel Aviv in Wien angekommen. Nach der Panne der Herkules-Transportmaschine des Bundesheeres hat er das Außenministerium zwei Aua-Maschinen gechartert, die am Nachmittag aus Tel Aviv bzw. aus Zypern in Wien gelandet sind. Morgenmittag soll ein weiteres Flugzeug von Tel Aviv nach Wien abheben. Unterdessen hat die inzwischen reparierte Herkules-Maschine in Linz Hörsching ihren Start erneut abbrechen müssen. Nach dem Großangriff der Terrororganisation Hamas auf Israel erweckt das Innenministerium in Wien eine höhere Terrorwarnstufe in Österreich. Demnach nimmt die Direktion Startschutz- und Nachrichtendienste, kurz DSN, eine entsprechende Prüfung vor. Eine höhere Stufe galt zuletzt nach dem Wiener Anschlag im November 2020. Österreich verlängert die Grenzkontrollen zur Slowakei um weitere 20 Tage. Die Polizei wird die elf Grenzübergänge vorerst bis zum 2. November kontrollieren. Mit der Maßnahme soll Schlepperkriminalität bekämpft werden. Die NS-Gedenkstätte Guzen in Oberösterreich soll neu gestaltet werden. Unter der Leitung der KZ-Gedenkstätte Morthausen ist ein Plan ausgearbeitet worden, der die Grundlage sein soll für eine neue Form des Gedenkens. Im Jahr 2022 soll damit begonnen werden.

[Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (12.10.2023)

Die lokale Politik zeigt sich vom Projekt Guzen zufrieden.

Das Wettermorgen zunehmend sonnig und wieder ungewöhnlich warm.

Anfangs einiges an Wolken stellenweise auch Nebel.

Im Tagesverlauf überall Sonne, leicht vönig und höchstwerte zwischen 20 und 28 Grad.

Am Samstag meist noch freundlich und warm, am Sonntag dann Wettersturz.

Danke, Otto Trenacher, das war das Abendjournal Sabine Heiner Technik,

Barbara Chandler-Schier und andere Warniers-Journalteam.

Wir wünschen einen angenehmen Abend.

Weiter geht es hier mit dem Journal Panorama und mit Astrid Planck.